

Kreisverkehr im Rat kein Thema

Antrag der CDU mit knapper Mehrheit abgelehnt / Frage nach Bürgerbegehren



Auch, wenn er nicht mehr Thema im Rat wird – der geplante Kreisverkehr auf der Gieschen-Kreuzung in Achim erregt weiter die Gemüter. Auf Seiten der Kreiselgegner wird inzwischen laut über ein Bürgerbegehren zu diesem Thema nachgedacht. FOTO: CHRISTIAN BUTT

VON RALF MICHEL

Achim. Denkbar knapp mit 18 zu 17 Stimmen hat der Achimer Stadtrat am Donnerstagabend den Antrag der CDU abgelehnt, das Thema Kreisverkehr auf der Gieschen-Kreuzung im Rat zu behandeln. Dass damit die Diskussion um den geplanten Kreisel vom Tisch ist, ist trotzdem

diskutiert werden, „damit der Bürger sieht, was jeder von uns dazu denkt“. Eine Position, die die Wählergemeinschaft voll und ganz unterstützt, erklärte WGA-Chef Wolfgang Heckel.

Dies zu fordern, sei ureigenstes Recht der CDU, räumte Bürgermeister Uwe Kellner ein, betonte aber zugleich, dass das bisherige Verfahren völlig korrekt abgelaufen

Das Ganze mündet in einen Bebauungsplan, der von den Gremien der Stadt bis hin zum Rat beschlossen werden muss. Das letzte Wort zum Kreisverkehr könnten aber auch die Achimer Bürger haben, wie den Fragen von Heinz-Dieter Breu zum Bürgerbegehren zu entnehmen war.

nicht zu erwarten. Erstmals fiel im Ratsaal der Begriff „Bürgerbegehren“.

Ins Spiel brachte diese Variante, bei der am Ende die Achimer Bevölkerung darüber abstimmen würde, ob die Kreuzung zum Kreisverkehr umgebaut wird oder nicht, Heinz-Dieter Breu. Der meldete sich in der Bürgerfragestunde zu Wort und erkundigte sich nach den Formalien für ein Bürgerbegehren.

Zudem wollte Breu wissen, welche Kosten mit dem Kreisverkehr verbunden sind. Die Antwort gab Stadtplaner Rainer Rohwolt: Insgesamt 1,15 Millionen Euro, wo-

„Selten ist ein Thema
so öffentlich behandelt
worden wie dieses.“

Michael Schröter, Ratsherr der Grünen

von rund 500 000 bereits für Planung und Grunderwerb ausgegeben wurden. Etwa 400 000 bis 450 000 Euro Zuschuss erhält die Stadt aus einem Fördertopf der Europäischen Union.

Für die CDU sind auch die Kosten ein Grund, warum sie den Kreisverkehr ablehnt, erklärte Ulrich Rehlich. Der CDU-Fraktionschef begründete den Vorstoß seiner Partei, das Thema im Rat zu behandeln. Bislang war darüber nur in Fachausschüssen und im Verwaltungsausschuss diskutiert und abgestimmt worden. Bei einem so wichtigen Thema könne das nicht angehen, so Rehlich. „Hier ist jeder von uns gefordert. Jeder im Rat hat eine gewisse Verantwortung zur Gestaltung dieser Kreuzung.“ Das Thema sollte ausführlich im Rat

sei. „Wir haben über alles öffentlich mit sehr detaillierten Vorlagen berichtet und sind zu sorgfältigen Entscheidungen gekommen.“

Auch Werner Meinken (SPD) verwahrte sich gegen den Eindruck, die Entscheidungen zum Kreisverkehr seien im stillen Kämmerlein gefallen. „Wir haben das lang und breit in öffentlichen Gremien diskutiert.“ In Richtung CDU erklärte er, dass es zur Demokratie gehöre, dass der Unterlegene eine Entscheidung akzeptiere, statt mit Verfahrenstricks die sachliche Ebene zu verlassen.

Soweit wollte Michael Schröter von den Grünen nicht gehen. Der Antrag sei kein Verfahrenstrick, sondern das gute Recht der CDU. Inhaltlich aber schlug sich Schröter auf die Seite von SPD und Bürgermeister Kellner. „Selten ist ein Thema so öffentlich behandelt worden wie dieses.“ Zudem würde es auch weiterhin – im Rahmen des normalen Bauleitplanverfahrens – öffentlich in den Gremien der Stadt behandelt werden.

Da neben der SPD und den Grünen auch die FDP, Einzelbewerber Jürgen Harder und Bürgermeister Kellner zum Kreisverkehr stehen, hatte der Antrag der CDU rein rechnerisch im Rat keine Chance. 21 zu 14 Stimmen dagegen hätte die Abstimmung ausfallen müssen. Tatsächlich aber votierten Silke Thomas und Gabriele Sommer von den Grünen sowie Esat Ünal von der SPD mit CDU und WGA und machten es damit noch einmal mächtig spannend.

„18 zu 17 gegen den CDU-Antrag“, gab der Ratsvorsitzende Hans-Jürgen Wächter das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Damit geht der Kreisverkehr jetzt in ein Bauleitverfahren, in dem Träger öffentlicher Belange aber auch Privatpersonen ihre Anregungen und Bedenken äußern können.